

Dezernent: Re

Termine:

14.1.66, 9 3/4 / 20 R. U
3.6.66, 9 1/2 / 33 R. U
v.T. 24.6.66, 9 1/2 / 37

Landgericht Hamburg

Entschädigungskammer

1

Entschädigungssache

H. Hans Buxbaum Erben

1) Annie Rañ

2) Olga Frank, geb. B. } Bl. 14.

Prozeßbevollmächtigte

: 129. in An 1.

Kläger

gegen

Vollmacht Bl.

Freie und Hansestadt Hamburg

Sozialbehörde

Amt für Wiedergutmachung

A.-Z.:

H4 10 1294-4-

Beklagte

34132

Schaden an
Körper u. Gesd. - Eigent. u. Verm.
betr.: berüß. u. nirtsch. Fortg. an Leben.

Streitwertfestsetzung: Bl.

Weggelegt: 1967

Urteil: Bl.

42

9U(Entsch.)

Aufzubewahren: - bis 1998

- dauernd -

9aU(Entsch.)

57/67

dem - an das Staatsarchiv

zu melden - abzuliefern

310(Entsch.)

205



48
ab am R.
24. Juni 1966
Ausgeteilt am
Ab z. Zust./formos R.
am
24. Juni 1966
Wg. p. Luft post
(s. Bl. 49)

Landgericht Hamburg

Entschädigungskammer 1

Beschluß

81 O (Entsch) 205/65

2 Hamburg 11, den 24. Juni 1966
Zippelhaus 5, Hths. Erdgeschoß.

Vorhanden
a 24. Juni
1966
Röschmann, Gk.

In der Entschädigungssache
der Erbengemeinschaft nach Dr. Hans Buxbaum,
bestehend aus:
1.) Frau Annie R a u,
7200 Hollywood Blvd., Hollywood, Calif.
90046 USA.,
2.) Frau Olga F r a n k geb. Buxbaum,
65 East 96th Str., New York 28, N.Y. - USA.,

Klägerinnen,

Proz. Bev.: Klägerin zu 1): Annie Rau, Hollywood

g e g e n

die Freie und Hansestadt Hamburg,
gesetzlich vertreten durch die
Arbeits- und Sozialbehörde,
Amt für Wiedergutmachung,
Hamburg 36, Drehbahn 54,
Az.: WG 2 - 1012 94/16 -

Beklagte,

beschließt das Landgericht Hamburg, Entschädigungs-
kammer 1, durch folgende Richter:

1. Landgerichtsdirektor Dr. G. Schmidt,
2. Landgerichtsrat Marwede,
3. Gerichtsassessor Beyer:

Der Antrag der Klägerinnen, ihnen das Armenrecht zu gewähren und einen Anwalt beizuordnen, wird abgelehnt.

G r ü n d e

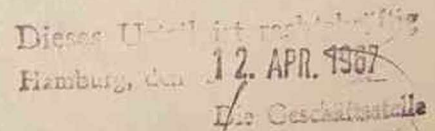
Das Armenrecht ist den Klägerinnen zu versagen, weil die beabsichtigte Rechtsverfolgung (§ 209 Abs. 1 BEG i.V. mit § 114 ZPO) keine hinreichende Aussicht auf Erfolg verspricht. Insoweit wird vollen Umfanges auf das Urteil der Kammer vom heutigen Tage verwiesen.

Im übrigen dürfte die Klägerin zu 1) nicht außerstande sein, ohne Beeinträchtigung des für sie und ihre Familie notwendigen Unterhalts die Kosten des Prozesses zu bestreiten. Wie sich aus den Akten des Bayerischen Entschädigungsamtes ergibt, hat sie von dem Land Bayern im Jahre 1963 eine Entschädigung von 25.021.-- DM erhalten und bezieht eine laufende Rente von zur Zeit 371.-- DM monatlich. Danach kann nicht ohne weiteres von ihrer Mittellosigkeit ausgegangen werden.

Linnell



Bayr

[illegible]

- 2 -

Die Klage wird abgewiesen.

Gerichtskosten werden nicht erhoben. Die außergerichtlichen Kosten des Rechtsstreits tragen die Klägerinnen.

T a t b e s t a n d

Die Klägerinnen begehren Entschädigungsleistungen nach den Bestimmungen des Bundesentschädigungsgesetzes für einen von ihrem am 24. Juni 1947 verstorbenen Onkel erlittenen Schaden an Körper und Gesundheit, Freiheit, Eigentum und Vermögen, durch Zahlung von Sonderabgaben sowie im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen.

Diese Ansprüche sind von den Klägerinnen mit einem am 26. März 1965 bei der Beklagten eingegangenen Antrag angemeldet worden. Hinsichtlich der Versäumung der Antragsfrist begehren die Klägerinnen Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und tragen dazu vor, sie seien durch eine falsche Auskunft an der rechtzeitigen Geltendmachung der Ansprüche gehindert worden. Die Klägerin zu 1) behauptet weiter, sie habe sich wiederholt persönlich sowohl im Jahre 1953 als auch noch im Jahre 1956 bei der deutschen diplomatischen Vertretung in Havanna erkundigt und von einem dortigen Bediensteten die Auskunft erhalten, nicht anspruchsberechtigt zu sein. Der Umstand, daß sie in eigener Sache form- und fristgerechte Ansprüche angemeldet habe, sei als Indiz dafür zu werten, daß sie in Sachen des Onkels eine negative Auskunft erhalten habe. Andernfalls wären diese Ansprüche ebenfalls rechtzeitig angemeldet worden.

Die Beklagte hat den Antrag der Klägerinnen auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand durch Bescheid vom

14. Oktober 1965 abgelehnt und gleichzeitig den Entschädigungsantrag der Klägerinnen als unzulässig zurückgewiesen. In den Gründen des Bescheides ist ausgeführt: Es sei nicht glaubhaft gemacht worden, daß die Klägerinnen ohne ihr Verschulden gehindert gewesen seien, die Antragsfrist einzuhalten. Es müsse bezweifelt werden, daß die Klägerin zu 1) von einem Angehörigen der diplomatischen Vertretung der Bundesrepublik in Havanna die Auskunft über die fehlende Anspruchsberechtigung erhalten habe. Das deutsche Behördenpersonal sei nämlich angewiesen, Fragesteller im Zweifelsfalle an die fachlich zuständige Stelle, in diesem Falle an die Entschädigungsbehörde, zu verweisen. Diese Zweifel würden durch das Vorbringen der Klägerin zu 1) bestärkt, sie habe in ihrer eigenen Sache form- und fristgerecht Ansprüche angemeldet. Durch Einsichtnahme in ihre bei dem Bayerischen Landesentschädigungsamt geführte Akte habe sich dieser Vortrag nämlich als unrichtig herausgestellt. Die Klägerin zu 1) habe ihre Entschädigungsansprüche dort erstmalig mit einem am 16. August 1960 eingegangenen Antrag geltend gemacht und im Verfahren über ihren Schaden an Körper und Gesundheit sogar hilfsweise Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragt. Den Klägerinnen könne die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand in diesem Verfahren nicht gewährt werden. Ihr Antrag auf Entschädigung nach dem Onkel müsse als unzulässig abgewiesen werden.

Gegen diesen Bescheid richtet sich die am 3. November 1965 bei Gericht eingegangene Klage der Klägerin zu 1), der sich die Klägerin zu 2) mit einem am 27. Dezember 1965 bei Gericht eingegangenen Schriftsatz angeschlossen hat. Die Klägerinnen tragen vor, entgegen der Annahme der Beklagten habe sich die Klägerin zu 1) sehr wohl bei dem

deutschen Generalkonsulat in Kuba erkundigt und den Bescheid erhalten, daß die Klägerinnen nicht berechtigt seien, nach einem Onkel Entschädigungsansprüche geltend zu machen. Diese Auskunft sei von dem damaligen deutschen Geschäftsträger in Kuba, Dr. Suess, erteilt worden. Es sei anerkanntes Recht, daß Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gewährt werden müsse, wenn eine amtliche Stelle eine falsche Auskunft erteilt habe.

Die Klägerinnen beantragen,

ihnen die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren, die Beklagte zu verurteilen, ihnen für den von dem Erblasser erlittenen Schaden an Körper und Gesundheit, an Eigentum und Vermögen, im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen sowie für Schaden an Leben eine in das Ermessen des Gerichts gestellte Entschädigung zu zahlen.

Die Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen, hilfsweise: sie gemäß § 713 Abs. 2 ZPO zu befugen und der Klage nur mit der Maßgabe stattzugeben, daß die Vorschriften des Haushaltssicherungsgesetzes Anwendung fänden.

Zur Begründung ihres Abweisungsantrages nimmt die Beklagte Bezug auf die Ausführungen in dem angefochtenen Bescheid.

Das Gericht hat die Akten der Beklagten über den Onkel der Klägerinnen und die Akten des Bayerischen Entschädigungsamtes, die Klägerin zu 1) betreffend, beigezogen. Auf den Inhalt der Beiakten, wie auf den der Prozeßakte, wird ergänzend Bezug genommen.

E n t s c h e i d u n g s g r ü n d e

Die Entscheidung ergeht auf Antrag der Beklagten gemäß § 209 Abs. 3 BEG.

Die zulässige Klage ist nicht begründet.

Der Antrag der Klägerinnen auf Gewährung von Entschädigungsleistungen nach ihrem Onkel Dr. Hans Buxbaum ist unzulässig. Er ist erst nach dem 1. April 1958, also nach Ablauf der Frist des § 189 Abs. 1 BEG, bei der Beklagten eingegangen.

Die Beklagte hat es auch zu Recht abgelehnt, den Klägerinnen die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren. Die Kammer vermag nicht festzustellen, daß die Klägerinnen ohne ihr Verschulden gehindert waren, den Antrag vor Ablauf der Frist des § 189 Abs. 1 BEG zu stellen (§ 189 Abs. 3 BEG). Nach der Rechtsprechung des BGH, der die Kammer folgt, muß von den Berechtigten nämlich erwartet werden, daß sie sich über die Voraussetzungen und den Umfang der ihnen zustehenden Ansprüche vergewissern (vgl. BGH in RzW 62, S. 326). Ein Verschulden ist deshalb anzunehmen, wenn sich ein Berechtigter von der deutschen Wiedergutmachungsgesetzgebung und damit auch von dem Vorhandensein einer Ausschlußfrist hätte Kenntnis verschaffen können und wenn ihm dies hätte zugemutet werden können (vgl. BGH aaO unter Hinweis auf BGH RzW 1960, 137 Nr.42).

Dieser Erkundigungspflicht sind die Klägerinnen nicht nachgekommen. Die Klägerin zu 1) behauptet zwar, sie habe sich bei dem derzeitigen Geschäftsträger der deutschen diplomatischen Vertretung in Kuba, Dr. Suess, erkundigt. Ein Beweis für diese Behauptung konnte jedoch nicht erbracht werden. Dr. Suess ist in der Zwischenzeit verstorben. Weitere Zeugen können die Klägerinnen nicht

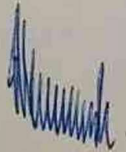
benennen. Es kann ~~also~~ nicht festgestellt werden, daß die Klägerinnen sich in Kuba an eine mit der Entschädigungsgesetzgebung hinreichend vertraute Stelle gewandt haben. Dann ist aber davon auszugehen, daß sie ihrer Erkundigungspflicht nicht nachgekommen sind (BGH LM Nr. 9 zu § 189 BEG 1956).

Aber selbst wenn man zugunsten der Klägerinnen unterstellt, daß sie in Kuba ohne ihr Verschulden gehindert waren, sich über die deutsche Entschädigungsgesetzgebung zu erkundigen, so kann das für die Zeit seit 1960 nicht mehr angenommen werden. Von 1960 bis 1964 hat sich die Klägerin zu 1) nämlich in Deutschland aufgehalten, wie sich aus den Akten des Bayerischen Entschädigungsamtes ergibt. Spätestens seit 1960 war sie in ihrem eigenen Verfahren auch durch einen mit der Entschädigungsgesetzgebung vertrauten Rechtsanwalt vertreten. Spätestens seit 1960 hatten die Klägerinnen daher die Möglichkeit, sich ausreichende Auskünfte über die Entschädigungsgesetzgebung zu verschaffen. Wenn sie trotzdem erst im Jahre 1965 einen Entschädigungsantrag stellten, so muß ihnen das jedenfalls insoweit als Verschulden angerechnet werden, daß sie diesen Antrag nicht schon - wie die an das Bayerische Entschädigungsamt - Ende 1960, Anfang 1961, sondern erst fünf Jahre später, am 26. März 1965, gestellt haben.

Jedenfalls läßt sich nicht entsprechend § 189 Abs. 3 BEG feststellen, daß die Klägerinnen bis 1965 ohne ihr Verschulden gehindert waren, einen Antrag auf Entschädigungsleistungen nach ihrem Onkel zu stellen. Dann aber kann ihnen jetzt auch nicht mehr die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen Versäumung der Frist des § 189 Abs. 1 BEG gewährt werden. Ihre Klage ist schon aus diesem Grunde abzuweisen.

Die Kostenentscheidungen ergeben sich aus den Bestimmungen der §§ 209 Abs. 1, 225 Abs. 1 BEG, 91 Abs. 1 ZPO. Einer Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit des Urteils hinsichtlich der Kosten bedarf es nicht, weil Gerichtskosten nicht erhoben werden und die Beklagte Erstattung ihrer außergerichtlichen Kosten nicht verlangt.

Linnert



Buyer

Zur Geschäftsstelle
gekommen am

13. JULI 1966

Justizsekretär

Annie Rau
7200 Hollywood Blvd.
Hollywood, Calif. 90046 USA
federführend fuer
die Erbgemeinschaft Dr. Hans Buxbaum

7. Juli 1966



An das
Hanseatische Oberlandesgericht

2 H a m b u r g
GERMANY
Sievekingplatz

9a U (Entsch)

AZ.: des Landgerichts Hamburg, Entschaidungskammer 1
81 o Entsch. 205/65

13 JULI 1966

B E S C H W E R D E und B E R U F U N G

der

Annie Rau, federführend fuer die
Erbgemeinschaft nach
Dr. Hans Buxbaum

vertreten durch

Selbstvertretung

g e g e n

die Freie- und Hansestadt Hamburg
gesetzlich vertreten durch die Arbeits-
und Sozialbehoerde, Amt fuer Wiedergutmachung,
2 Hamburg 36, Drehbahn 54.

AZ.: WG 2- 1012 94/16

w e g e n

Entschaidungsansprueche nach
Dr. Hans Buxbaum

Gegen den Beschluss des Landgerichts Hamburg, Entschaidungskammer
1, vom 23. Juni 1966, zugestellt am 27. 6. 1966 lege ich

B E R U F U N G

ein und werde beantragen:

../2

-2-

- Hamburg
- 1: Der Beschluss des Landgerichts ~~Berlin~~ vom 24. 6. 1966 wird aufgehoben;
 - 2: Es wird die Rueckerstattung der im Antra- aufgefuehrten Werte und Positionen ange- ordnet;
 - 3: Der Beklagte hat die Kosten des Rechts- streits zu tragen;
 - 4: Das Urteil ist vorlaeufig vollstreckbar.

B E G R U E N D U N G

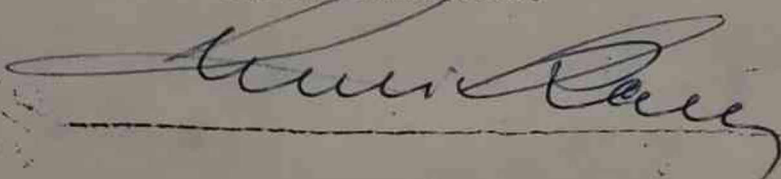
Es steht aufgrund des Sachverhaltes eindeutig fest, dass ich berechtigt bin, rueckerstattungsrechtliche Ansprueche geltend zu machen. Wenn die Wiedergutmachungsaeemter nun im Beschluss dazu uebergehen und nicht stichhaltige Gruende vorbringen, um mich um meine Rechte zu bringen, so ist dies nicht nur eine unbillige Haerte, sondern kann von mir nicht akzeptiert werden. Nicht immer kann man einen Antragsteller dafuer verant- wortlich machen - da er nicht in der Lage ist, einen bestimm- ten Nachweis zu erbringen, sei es der Verbringungs- oder Entziehungsnachweis. Da es nicht ein Einzelfall ist, sondern es sich um notorisch festgelegte Tatsachen handelt, ist die Rueckerstattungsbehoerde auf alle Faelle verpflichtet, zuge- fuegtes Unrecht des Rechtsvorgaengers, - naemlich des III. Reiches, - wieder gut zu machen und bei der Beweiserhebung mitzuwirken. Personen, die selbst jahrelang verfolgt wurden, die in KZ-Laegern oder sonstigen Laegern oder Verstecken in-

-3-

haftiert wurden und gluecklicherweise dort den Zusammenbruch miterlebten, koennen doch nicht im Besitz von irgendwelchen Schriftstuecken oder schriftlichen Nachweisen sein. Dies ist den Ruecherstattungsbehoerden doch zur Genuege bekannt. Es wird hier in diesem Zusammenhang auf Par. 30 BRueG hingewiesen, dessen Wiederholung in dieser Beschwerde sich eruebrigen duerfte. Auch nehme ich Bezug auf die Par. 27, 28, 29 BRueG und nicht zuletzt auf Par. 189 BEG. Es ist ebenso schwierig und darauf muss hingewiesen werden, fuer bestimmte Verlustvorgaenge, Zeugenaussagen zu beschaffen, weil gerade die infragekommenden Augenzeugen meistens selbst ihr Leben in einem der Mordlaeger lassen mussten, oder in eine unbekannte Welt geflohen sind, so dass ein Kontakt mit ihnen nicht hergestellt werden kann.

Fuer solche Beweisnot kann man aber einen Verfolgten nicht verantwortlich machen, der weiter nichts will, als dann man nur einen kleinen Prozentsatz des ihm zugefuegten Unrechts mit finanziellen Mitteln wieder gut zu machen versucht.

Ich bitte daher in diesem Sinne zu entscheiden.



Hanseatisches Oberlandesgericht
Iv.-Sen. 9a

2 Hamburg 36, den 20. Juli 1966
Sievekingplatz 2

Geschäfts-Nr.: 9a U (Entsch) 157/66

Fernsprecher 34109 2037
Behördennetz 9.43 (")

Frau

Annie R a u

7200 Hollywood Blvd.

Hollywood, Calif. 90046 USA

Sehr geehrte Frau Rau !

Auf Ihre am 13.7.1966 hier eingegangene Berufung teile ich Ihnen mit, daß gemäß § 224 Abs. 2 BEG eine Berufung gegen das Urteil des Landgerichts nur durch einen beim Hanseatischen Oberlandesgericht in Hamburg zugelassenen Rechtsanwalt eingelegt werden kann. Ihre selbst eingelegte Berufung mußte als unzulässig verworfen werden.

Im Übrigen läßt Ihre Eingabe nicht erkennen, wogegen Sie Berufung einlegen wollen. In Ihrem Antrage ist von der Rückerstattung bestimmter Werte die Rede, in den Gründen wird auf den Inhalt des landgerichtlichen Urteils v. 24.6.1966 nicht Bezug genommen, insbesondere haben Sie sich nicht dazu geäußert, warum Sie in der Zeit von 1960 - 1965 keine Ansprüche angemeldet haben (s. Urteil v. 24.6.1966 Seite 6).

(Dr. Matthiessen)
Senatspräsident

57

S. V. H. Best R

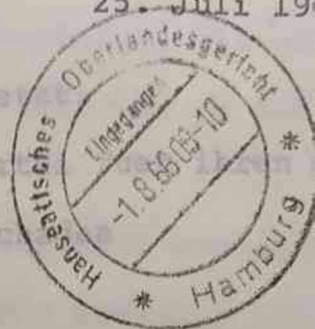
3/8 Ma

Annie R a u Frank geb. Buxbaum
7200 Hollywood Blvd.
Hollywood, Calif. 90046 USA

25. Juli 1966

An das
Hanseatische Oberlandesgericht
Ziv. Sen. 9 a

2 Hamburg 36
Sievekingplatz 2
GERMANY



1x ab an Bekl.
3. Aug. 1966

AZ.: 9 a U Entsch. 157/66

Sehr geehrte Herren,

in vorbezeichneter Sache teile ich mit, dass mir bekannt ist, dass eine Berufung gegen das Urteil des Landgerichts nur durch einen, beim Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg zugelassenen Rechtsanwalt moeglich ist.

Hierauf erwidere ich, dass ich lediglich ein Gesuch um Bewilligung der Rechte nach # 114 ZPO eingereicht habe, da ich infolge einer schweren, langwierigen Magenkrankung nicht in der Lage bin, die Kosten eines zusaetzlichen Anwaltes aus eigener Tasche zu bestreiten.

Ihre weitere Frage, wogegen ich Berufung eingelegt habe, muss dahin beantwortet werden, dass ich Berufung gegen den Beschluss des Landgerichts Hamburg bzw. gegen das Urteil des Landgerichts Hamburg v. 23. 6. 1966 eingelegt habe. Der Klageantrag, der durch den aufzustellenden Anwalt eingereicht werden soll, hat folgenden Inhalt:

1. die Erbengemeinschaft nach Dr. Hans Buxbaum, bestehend aus:

Frau Annie Rau,
7200 Hollywood Blvd.
Hollywood, Calif. USA

2. Frau Olga Frank geb. Buxbaum
62 East 96th Str.,
New York 28, N. Y. USA

Ich bin selbstverständliche Weise verpflichtet, die mit dem Ur-
wird in den früheren Stand eingesetzt:

2. Der Beklagte hat an die Klagepartei fuer ihren am 24. 6. 1947

Ich verstorbenen Onkel erlittenen Schaden

a) an Körper u. Gesundheit

b) an Freiheit

c) an Eigentum u. Vermögen

d) durch Zahlung von Sonderabgaben

e) durch Schaden im beruflichen Fortkommen

f) Schaden im wirtschaftlichen Fortkommen

In jeweils einen in das Ermessen des Gerichtes zu stellenden Be-

trag zu zahlen.

3. Der Beklagte hat die Kosten beider Rechtszuege zu tragen

4. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

Zur Begründung meines Antrages habe ich im einzelnen folgendes
auszuführen:

a) Die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand

Ich verweise auf die bereits abgegebenen Eidesstattlichen Ver-
sicherungen, deren Inhalt hierher ausdruecklich wiederhole.

Ich hatte mich wiederholt an amtlicher Stelle erkundigt,

wo mir der Bescheid zuteil wurde, dass ich nicht berechtigt sei,

Ansprueche nach meinem am 24. 6. 1947 verstorbenen Onkel zu

stellen.

Diese Auskunft war jedoch falsch.

Ich bin selbstverständlich berechtigt, die mit dem ursprünglichen Antrag gestellten Anträge zu stellen.

Ich bin dahin belehrt worden, wenn mir eine amtliche Stelle wie im vorliegenden Falle eine falsche Auskunft erteilt hat, so kann ich hierfür nicht haftbar gemacht werden und ausserdem kann nicht behauptet werden, dass mich ein Verschulden trifft.

Ich habe mich u. a. bei dem Deutschen Generalkonsulat in Havanna beizeiten erkundigt; wo mir die falsche Auskunft erteilt wurde.

Im uebrigen moechte ich noch darauf hinweisen, dass wir zumindest ein vom Aenderungsgesetz geschaffener Haerteausgleich geltend machen koennen, weil dieser eine Ausweichmoeglichkeit zum Ausgleich von rechtlichen Haerten darstellen soll, vor allem daher, weil er einen Kompromiss gegenueber den Bestrebungen schafft, die Antragsfrist neu zu eroeffnen.

Nach # 189 Abs. 1 Satz 2 des Aenderungsgesetzes gilt die Antragsfrist nicht fuer # 171 BEG.

Hierueber heisst es im Berichte des Ausschusses auf Seite 16 ausdruecklich:

Verfolgte, welche die Antragsfrist des # 189 versaeumt haben, sollen daher im # 171 beruecksichtigt werden; wenn ihre Ansprueche als solche eindeutig im Sinne der Rechtsprechung des BGH begruendete sind, und deren Befriedigung allein an der Versaeumung der Antragsfrist scheitert.

Unter diesen Umstaenden bitte ich meinem Antragstattzugeben und mir mitzuteilen, ob Sie noch in dem einen oder anderen Punkte zusaetzliche Informationen benoetigen.

Ich kann insbesondere bestaetigen, dass der Verfolgte betraechtlichen Schaden an Koerper u. Gesundheit erlitten hat, so dass er schon lange vor seiner Zeit verstorben ist.

Er hat Schaden an Freiheit erlitten, wie wir bereits eingehend dargelegt haben.

Der Schaden an Eigentum u. Vermoegen setzt sich aus den Anspruechen zusammen, die wie folgt entstanden sind:

- aa) was in der Kristallnacht, der Nacht v. 8. auf 9. 11. 1938 zerstoeert, geraubt und gepluendert wurde.
- bb) was unter widerrechtlichem Kollektivzwang zerstoeert wurde.
- cc) was preisgegeben wurde.

Ich stelle den verfolgungsbedingten Charakter der Krankheiten, die zu seinem Tode gefuehrt haben, ausdruecklich haben, durch den behandelnden Arzt. und durch Dr. Karl Rau.

Den Schaden an Eigentum u. Vermoegen stelle ich unter Beweis durch : Dr. Karl Rau

Den Schaden wegen Sonderabgaben stelle ich unter Beweis durch das zustaeendige Landesfinanzamt.

Wegen des Schadens im beruflichen Fortkommen nehme ich Bezug auf das Zeugnis des Dr. Karl Rau.

Zu Unrecht hat das Landgericht die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand abgelehnt.

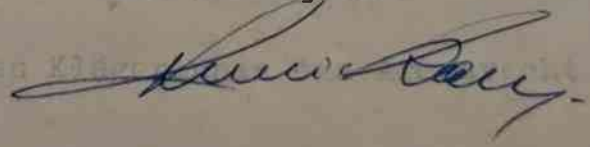
Wenn der Geschaefststraeger der Deutschen dipl. Vertretung, Dr. Suess, nicht einmal sondern zum wiederholten Male eine falsche Auskunft erteilt hat, so ist das nicht uns als Verschulden

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG 61
ARBEITS- UND SOZIALBEHÖRDE

- 5 -

anzukreiden, ausserdem wird vollstaendig ubersehen, dass wir nicht unsere Unschuld zu beweisen haben, sondern dass der Beklagte unsere Schuld beweisen muss.
Davon kann gar keine Rede sein. Wir sind auch unserer Beweis- pflicht in vollem Umfange nachgekommen, wie dies eindeutig aus der Fassung des # 176 BEG hervorgeht.
Es kann auch nicht damit argumentiert werden, dass wir die Moeglichkeit hatten, sich seit 1960 mehr Gewissheit zu verschaffen. Hierzu bestand nicht die geringste Veranlassung, nachdem der Deutsche Rechtstraeger in Kuba Dr. Suess ausdrueck- lich erklart, dass wir nicht unter die Bestimmungen des BEG fallen.
Ich bitte daher unserem Antrag stattzugeben.

Hochachtungsvoll





Landgericht Hamburg

Entschädigungskammer 1

Urteil

Im Namen des Volkes

81 9 (Entsch) 205/65

Verkündet am
24. Juni 1966

Röschmann
Justizangestellte
als Urkundsbeamtin
der Geschäftsstelle.

In der Entschädigungssache

der Erbgemeinschaft nach Dr. Hans Buxbaum,
bestehend aus:

- 1.) Frau Annie R a u,
7200 Hollywood Blvd., Hollywood, Calif.
90046 USA.,
- 2.) Frau Olga F r a n k geb. Buxbaum,
65 East 96th Str., New York 28, N.Y. - USA.,

Klägerinnen,

Prog.Bev.: Klägerin zu 1): Annie Rau, Hollywood

g e g e n

die Freie und Hansestadt Hamburg,
gesetzlich vertreten durch die
Arbeits- und Sozialbehörde,
Amt für Wiedergutmachung,
2 Hamburg 36, Drehbahn 54,
Az.: WG 2 - 1012 94/16 -

Bekla gte,

erkennt das Landgericht Hamburg, Entschädigungs-
kammer 1, durch folgende Richter:

1. Landgerichtsdirektor Dr. O. Schmidt,
2. Landgerichtsrat Marwede,
3. Gerichtsassessor Beyer

für Recht:

Die Klage wird abgewiesen.

Gerichtskosten werden nicht erhoben. Die außergerichtlichen Kosten des Rechtsstreits tragen die Klägerinnen.

T a t b e s t a n d

Die Klägerinnen begehren Entschädigungsleistungen nach den Bestimmungen des Bundesentschädigungsgesetzes für einen von ihnen am 24. Juni 1947 verstorbenen Onkel erlittenen Schaden an Körper und Gesundheit, Freiheit, Eigentum und Vermögen, durch Zahlung von Sonderabgaben sowie im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen.

Diese Ansprüche sind von den Klägerinnen mit einem am 26. März 1965 bei der Beklagten eingegangenen Antrag angemeldet worden. Hinsichtlich der Veräufung der Antragsfrist begehren die Klägerinnen Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und tragen dazu vor, sie seien durch eine falsche Auskunft an der rechtzeitigen Geltendmachung der Ansprüche gehindert worden. Die Klägerin zu 1) behauptet weiter, sie habe sich wiederholt persönlich sowohl im Jahre 1953 als auch noch im Jahre 1956 bei der deutschen diplomatischen Vertretung in Havanna erkundigt und von einem dortigen Bediensteten die Auskunft erhalten, nicht anspruchsberechtigt zu sein. Der Umstand, daß sie in eigener Sache form- und fristgerechte Ansprüche angemeldet habe, sei als Indiz dafür zu werten, daß sie in Sachen des Onkels eine negative Auskunft erhalten habe. Andernfalls wären diese Ansprüche ebenfalls rechtzeitig angemeldet worden.

Die Beklagte hat den Antrag der Klägerinnen auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand durch Beschuld von

14. Oktober 1965 abgelehnt und gleichzeitig den Entschädigungsantrag der Klägerinnen als unzulässig zurückgewiesen. In den Gründen des Bescheides ist ausgeführt: Es sei nicht glaubhaft gemacht worden, daß die Klägerinnen ohne ihr Verschulden gehindert gewesen seien, die Antragsfrist einzuhalten. Es müsse bezweifelt werden, daß die Klägerin zu 1) von einem Angehörigen der diplomatischen Vertretung der Bundesrepublik in Havanna die Auskunft über die fehlende Anspruchsverechti gung erhalten habe. Das deutsche Behördenpersonal sei nämlich angewiesen, Fragesteller im Zweifelsfalle an die fachlich zuständige Stelle, in diesem Falle an die Entschädigungsbehörde, zu verweisen. Diese Zweifel würden durch das Vorbringen der Klägerin zu 1) bestätigt, sie habe in ihrer eigenen Sache form- und fristgerecht Ansprüche angemeldet. Durch Einsichtnahme in ihre bei dem Bayerischen Landesentschädigungsamt geführte Akte habe sich dieser Vortrag nämlich als unrichtig herausgestellt. Die Klägerin zu 1) habe ihre Entschädigungsansprüche dort erstmalig mit einem am 16. August 1960 eingegangenen Antrag geltend gemacht und in Verfahren über ihren Schaden an Körper und Gesundheit sogar hilfsweise Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragt. Den Klägerinnen könne die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand in diesem Verfahren nicht gewährt werden. Ihr Antrag auf Entschädigung nach dem Onkel müsse als unzulässig abgewiesen werden.

Gegen diesen Bescheid richtet sich die am 3. November 1965 bei Gericht eingegangene Klage der Klägerin zu 1), der sich die Klägerin zu 2) mit einem am 27. Dezember 1965 bei Gericht eingegangenen Schriftsatz angeschlossen hat. Die Klägerinnen tragen vor, entgegen der Annahme der Beklagten habe sich die Klägerin zu 1) sehr wohl bei den

deutschen Generalkonsulat in Kuba erkundigt und den Bescheid erhalten, daß die Klägerinnen nicht berechtigt seien, nach einem Onkel Entschädigungsansprüche geltend zu machen. Diese Auskunft sei von dem damaligen deutschen Geschäftsträger in Kuba, Dr. Buesse, erteilt worden. Es sei anerkanntes Recht, daß Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gewährt werden müsse, wenn eine amtliche Stelle eine falsche Auskunft erteilt habe.

Die Klägerinnen beantragen,

ihnen die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren, die Beklagte zu verurteilen, ihnen für den von den Erblasser erlittenen Schaden an Körper und Gesundheit, an Eigentum und Vermögen, in beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen sowie für Schaden an Leben eine in das Ermessen des Gerichts gestellte Entschädigung zu zahlen.

Die Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen, hilfsweise: sie gemäß § 713 Abs. 2 ZPO zu befugen und der Klage nur mit der Maßgabe stattzugeben, daß die Vorschriften des Haushaltsversicherungsgesetzes Anwendung finden.

Zur Begründung ihren Abweisungsantrages nimmt die Beklagte Bezug auf die Ausführungen in dem angefochtenen Bescheid.

Das Gericht hat die Akten der Beklagten über den Onkel der Klägerinnen und die Akten des Bayerischen Entschädigungsamtes, die Klägerin zu 1) betreffend, beigezogen. Auf den Inhalt der Beizakten, wie auf den der Prozeßakte, wird ergänzend Bezug genommen.

benennen. Es kann ^{also} ~~aber~~ nicht festgestellt werden, daß die Klägerinnen sich in Kuba an eine mit der Entschädigungsgesetzgebung hinreichend vertraute Stelle gewandt haben. Dann ist aber davon auszugehen, daß sie ihrer Erkundungspflicht nicht nachgekommen sind (BOH IM Nr. 9 zu § 189 BGG 1956).

Aber selbst wenn man zugunsten der Klägerinnen unterstellt, daß sie in Kuba ohne ihr Verschulden gehindert waren, sich über die deutsche Entschädigungsgesetzgebung zu erkundigen, so kann das für die Zeit seit 1960 nicht mehr angenommen werden. Von 1960 bis 1964 hat sich die Klägerin zu 1) nämlich in Deutschland aufgehalten, wie sich aus den Akten des Bayerischen Entschädigungsamtes ergibt. Spätestens seit 1960 war sie in ihrem eigenen Verfahren auch durch einen mit der Entschädigungsgesetzgebung vertrauten Rechtsanwalt vertreten. Spätestens seit 1960 hatten die Klägerinnen daher die Möglichkeit, sich ausreichende Auskünfte über die Entschädigungsgesetzgebung zu verschaffen. Wenn sie trotzdem erst im Jahre 1965 einen Entschädigungsantrag stellten, so muß ihnen das jedenfalls insoweit als Verschulden angerechnet werden, daß sie diesen Antrag nicht schon - wie die an das Bayerische Entschädigungsamt - Ende 1960, Anfang 1961, sondern erst fünf Jahre später, am 26. März 1965, gestellt haben.

Jedenfalls läßt sich nicht entsprechend § 189 Abs. 3 BGG feststellen, daß die Klägerinnen bis 1965 ohne ihr Verschulden gehindert waren, einen Antrag auf Entschädigungsleistungen nach ihrem Onkel zu stellen. Dann aber kann ihnen jetzt auch nicht mehr die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen Veräußerung der Frist des § 189 Abs. 1 BGG gewährt werden. Ihre Klage ist schon aus diesen Grunde abzuweisen.

Die Kostenentscheidungen ergeben sich aus den Bestimmungen der §§ 209 Abs. 1, 225 Abs. 1 ZPO, 91 Abs. 1 ZPO. Einer Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit des Urteils hinsichtlich der Kosten bedarf es nicht, weil Gerichtskosten nicht erhoben werden und die Beklagte Erstattung ihrer außergerichtlichen Kosten nicht verlangt.

Dr. Scheidt

Marwede

Beyer